

Bedarf ist da, aber kaum Interesse

Podiumsdiskussion vor leeren Stühlen: Was tun die Gemeinderatsfraktionen gegen Armut?

Von Arndt Krödel

Bewegt das Thema „Armut in Heidelberg“ so wenige Menschen? Immerhin leben in unserer Stadt über 11 000 Menschen in Armut oder sind armutsgefährdet. Bei seiner diesjährigen Aktionswoche veranstaltete das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung eine Podiumsdiskussion mit den Vertretern aller Gemeinderatsfraktionen, um von ihnen zu erfahren, was sie konkret gegen die Armut tun, doch das Interesse daran war mäßig, wenn man in den Hilde-Domin-Saal der Stadtbücherei schaute. Dabei hatte man hier Gelegenheit, in Anbetracht der Kommunalwahlen 2014 die Positionen des gesamten politischen Spektrums im Gemeinderat kennenzulernen, mit Ausnahme der FDP, die aus „beruflichen und sonstigen Gründen“, wie es hieß, abgesagt hatte.

Allerdings, das muss vorweg gesagt werden – extreme Gegensätze taten sich in der von Christoph Nestor und Jörg Schmidt-Rohr moderierten Diskussion nicht auf, was zwar das in vielen Punkten bestehende gute Einvernehmen der Gemeinderatsfraktionen beim Thema „Armutsbekämpfung“ demonstrierte, aber auch die Spannung nicht gerade förderte. Das im Sommer vom Gemeinderat beschlossene und zum 1. Januar 2014 für ein Jahr angebotene Sozialticket bildete den Auftakt der Debatte, bei der die Diskutanten zu der Frage Stellung nahmen, wie es nach 2014 weiter geht. Der breite Konsens zu dieser Maßnahme wurde nur

in einzelnen Nuancen eingeschränkt. So stellte Jan Gradel (CDU) die Frage nach dem Nutzerverhalten beim Sozialticket, und Beate Deckwart-Boller (Die Grünen) interessierte, wer das Ticket wie nutzt, um dann beim nächsten Haushalt zu wissen, ob die Entscheidung richtig war oder ob nachgebessert werden müsse.

Nach Meinung von Wolfgang Lachenauer (Die Heidelberger) darf beim Thema Mobilität niemand ausgegrenzt werden: „Dafür hat diese Stadt auch Geld“. Demgegenüber warnte Ursula Lorenz (Freie Wähler) aber vor zu hohen Erwartungen: „Geld ist nicht unbegrenzt vorhanden“. Dass ein Ticketpreis von 20 Euro richtiger als jetzt 35 Euro gewesen sei, betonte Hilde Stolz (Bunte Liste): „Die heutige Situation, dass ein Zuschussempfänger für sein Ticket immer noch mehr bezahlen muss als jemand, der einfach nur 60 Jahre alt geworden ist, kann nicht das Ende der Fahnenstange sein“.

Welche Perspektiven können die Gemeinderatsfraktionen zum Thema Wohnen aufzeigen? Karl Emer (SPD) ist zufrieden, dass es in Heidelberg jetzt endlich eine Wohnraumbedarfsanalyse gebe. Er forderte konkrete kommunale Steuerungsinstrumente, um Handlungswege entwickeln zu können, wie man bezahlbaren Wohnraum überhaupt schaffen kann. „Das kann man nicht nur dem freien Markt überlassen“. Ins gleiche Horn blies in diesem Punkt Judith Marggraf (GAL), die sogar noch etwas weiter ging: „Das kann man dem freien Markt über-

haupt nicht überlassen“. Was in diesem Zusammenhang die Konversionsflächen angeht, zeigte sie sich nicht so optimistisch wie andere, weil nach der ersten Bestandsanalyse feststehe, dass die Wohnungen etwa im Mark-Twain-Village-Ost nicht in einem guten Zustand seien.

Nach Auffassung von Beate Deckwart-Boller kommt es bei dem Konversionsprojekt auf die Beteiligung der Bürger an – man brauche das Feedback der Bevölkerung, was im Einzelnen gewünscht werde. Derek Cofie-Nunoo (generation.HD) setzte sich bei diesem Diskussionspunkt für die Belange einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen ein. „Die Hoffnung vieler Menschen richtet sich eben auch auf neue Wohn- und Lebensformen“. Positiv stufte Jan Gradel die mit der Bima ausgehandelten Vereinbarungen ein; so wurde der Stadt das erste Zugriffsrecht eingeräumt. Zu hohe Erwartungen bei den Konversionsflächen dämpfte Wolfgang Lachenauer: Man solle die Politiker nicht drängen, die Objekte ganz schnell zu vermarkten.

Bei der Frage nach den richtigen Instrumenten zur Bekämpfung der Armut zeigte sich neben manchen Unterschieden bei den Podiumsteilnehmern viel Übereinstimmung, etwa, was gesellschaftliche Verantwortung, Sozialberatung und Sozialplanung sowie ein höheres Maß am Miteinander betrifft. Viele dürften kaum anders denken als Hilde Stolz, die sich eine „Kultur des Miteinander-Redens und Sich-Umeinander-Kümmerns“ wünschte.